

Beantwortung der Wahlprüfsteine – Lesben- und Schwulenverband in Deutschland

1. LSBTIQ*-feindlicher Hasskriminalität entgegenwirken. Welche Maßnahmen planen Sie, damit Polizei/Staatsanwaltschaften queerfeindliche Gewalt besser erkennen, aufklären und Betroffene schützen können? (Landesweite Einrichtung von AP LSBTIQ* bei Polizei/ Staatsanwaltschaften / Bund-Länder-Programm)

Wir sind sehr stolz darauf, dass Schleswig-Holstein schon seit einiger Zeit eine Ansprechstelle LSBTIQ* bei der Polizei hat. Wir haben weiterhin in unserem Wahlprogramm mehrere Maßnahmen vorgesehen, um insb. auch queerfeindlicher Hasskriminalität (Hate Crime) etwas entgegen zu setzen. So wollen wir einen Schwerpunkt auf den Kampf gegen Cybermobbing setzen: Dazu sollen Polizei und Staatsanwaltschaften effektiver zusammenarbeiten und besonders geschulte Ansprechpersonen bei der Polizei ausgebildet werden, um Opfern die Ansprache zu erleichtern. Wir wollen außerdem eine digitale Gewaltschutzambulanz und dass Hasskriminalität deutlicher in der Polizeiliche Kriminalitätsstatistik dargestellt werden. Wir wollen außerdem, dass die Polizei einen Schwerpunkt auf die Präventionsarbeit und Bekämpfung von Gewaltdelikten gegen Frauen, inter*, nicht-binäre und trans*Personen setzt. Wir wollen Justiz und Polizei diskriminierungs-sensibler fortbilden und diverser aufstellen.

2. Aktionsplan weiterentwickeln und finanziell untersetzen. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass der Aktionsplan für Akzeptanz vielfältiger sexueller Identitäten „Echte Vielfalt“ auskömmlich finanziert, im Haushalt untersetzt, weiterentwickelt sowie die Geschäftsstelle bedarfsgerecht ausfinanziert wird?

In SH haben wir seit Jahren ein wertvolles Netzwerk von Organisationen, Verbänden und Aktivist*innen der queeren Szene. Wir wollen unsere Vorhaben mit den Akteur*innen der queeren Selbstorganisation umsetzen und ehrenamtliches selbstorganisiertes Engagement fördern. Den gewachsenen Anforderungen an die Netzwerkstrukturen wollen wir Rechnung tragen und den Landesaktionsplan „Echte Vielfalt“ mit diesem Bündnis inhaltlich, strukturell und finanziell zum Landesaktionsplan „Echte Vielfalt 2.0“ weiterentwickeln. Zusätzlich zu den bisher zur Verfügung gestellten Mitteln für queere Basisprojekte soll der Landesaktionsplans 2.0 ein Maßnahmenpaket enthalten, das neben den oben genannten Schwerpunkten weitere Bereiche in den Blick nimmt. Nach erfolgter Weiterentwicklung wollen wir die Wirkung evaluieren. Weiterhin wollen wir prüfen, ob wiederkehrende Projektförderungen im Rahmen des bisherigen Landesaktionsplans in strukturelle Förderungen überführt werden können. So stünde die bisherige Förderlinie vollumfänglich für die Umsetzung innovativer, neuer Community-gestützter Projekte zur Verfügung.

3. Regenbogenfamilien stärken: Wie wollen Sie Regenbogenfamilien (Zwei-Mütter-Familien, Zwei-Väter-Familien, Mehrelternfamilien oder Familien mit trans* oder inter* Eltern) stärken, niedrigschwellige Beratungsangebote schaffen und Jugendämter sowie die Strukturen der Frühen Hilfen sensibilisieren?

Um Queerfeindlichkeit entgegenzuwirken, erarbeiten wir auf der Bundesebene einen ressortübergreifenden Nationalen Aktionsplan für Akzeptanz und Schutz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und setzen ihn finanziell unterlegt um. Darin unterstützen wir u. a. die

Länder bei der Aufklärung an Schulen und in der Jugendarbeit, fördern Angebote für ältere LSBTI und bringen in der Arbeitswelt (insb. im Mittelstand und im öffentlichen Dienst) das Diversity-Management voran. Die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld wird dauerhaft im Bundeshaushalt abgesichert. Regenbogenfamilien werden wir in der Familienpolitik stärker verankern. Geschlechtsspezifische und homosexuellenfeindliche Beweggründe werden wir in den Katalog der Strafzumessung des § 46 Abs. 2 StGB aufnehmen. Wir treten dafür ein, dass Regenbogenfamilien und in der EU geschlossene gleichgeschlechtliche Ehen/Lebenspartnerschaften in allen Mitgliedsstaaten mit allen Rechtsfolgen anerkannt werden. Rechtsakte der EU, die gegen Diskriminierung aufgrund von Rassismus gelten, müssen künftig auch Homophobie und andere Diskriminierung umfassen.

4. Regenbogenkompetenz in der Jugendarbeit. Wie wollen Sie die Regenbogenkompetenz (professioneller u. diskriminierungsfreier Umgang) in den Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit sowie -hilfe erhöhen und dafür sorgen, dass das Thema in die Aus- und Fortbildung von Fachkräften aufgenommen wird?

Wir haben bereits erste Beratungsangebote für queere Menschen geschaffen. Insbesondere im Bereich geschlechtliche Vielfalt (trans* / inter* / nicht-binär / ...) wollen wir diese Angebote auch in den ländlichen Räumen umfassend ausbauen. Dafür sollen neben der Schaffung von spezialisierten Fachstellen auch fachfremde Beratungsstellen sensibilisiert werden. Außerdem möchten wir ein landesweites Fortbildungsprogramm zur Aus- und Weiterbildung von Pädagog*innen in Schulen und anderen in Bildungseinrichtungen tätigen Personen initiieren, um sie für die psychischen und sozialen Belastungen queerer Jugendlicher zu sensibilisieren. Wir erarbeiten mit Verbänden und Institutionen einen Beratungs- und Handlungsleitfaden für den Umgang mit trans*, inter* und nicht-binären Schüler*innen sowie zur affirmativen unterstützenden Begleitung von trans* und nicht-binären Menschen bei ihrer Transition. Außerdem wollen wir eine*n Landesbeauftragte*n für queere Themen einsetzen.

5. Diskriminierungsschutz ausbauen, Vielfalt fördern: Wollen Sie sich dafür einsetzen, dass die Landesverfassung LSBTIQ*-inklusiv ausgestaltet, ein Landesantidiskriminierungsgesetz auf den Weg gebracht und LSBTIQ* im NDR-Rundfunkrat Sitz und Stimme bekommen?

Das oberste Ziel unseres queerpolitischen Handelns ist, dass alle Menschen gleichberechtigt und diskriminierungsfrei in unserer Gesellschaft leben können. Queere Menschen sind keine homogene Gruppe, sie stehen in verschiedenen Lebenslagen vor unterschiedlichsten Bewältigungsaufgaben. Wir begegnen dieser Realität mit zielgruppenspezifischen Impulsen und der Verankerung von Queerpolitik als Querschnittsaufgabe im politischen Handeln. Dabei ist das Konzept der Intersektionalität, also die Überschneidung und Gleichzeitigkeit von Diskriminierungsmerkmalen, ein wichtiges Analyseinstrument.

Die Anregungen für eine inklusive Landesverfassung nehmen wir gerne auf.
Wir wollen ein Landesantidiskriminierungsgesetz schaffen.

Für eine queere Vertretung im Landesrundfunkrat setzen wir uns als Landtagsfraktion ein. Wir vertreten diesen Wunsch innerhalb der Landesregierung und bemühen uns, dass diese sich bei den Verhandlungen um den Medienstaatsvertrag gegenüber den anderen Bundesländern ebenfalls für queere Vertretungen in den Landesrundfunkräten einsetzt.

6. Respekt in Bildung vermitteln – Vielfalt im Unterricht sichtbar machen. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Schulgesetz und die Lehrpläne LSBTIQ*-inklusiv ausgestaltet werden, die Regenbogenkompetenz der Lehrkräfte erhöht wird und Schulaufklärungsprojekte flächendeckend gefördert werden?

Wir wollen, dass Schulen und Angebote der Jugendarbeit sichere Orte werden, an denen junge Menschen in der Erkundung ihrer Identität nicht mit Diskriminierungserfahrungen und Ausschlusslebnissen konfrontiert werden. Daher setzen wir uns für eine zugewandte Begleitung im Sinne einer fächerübergreifenden vorurteils- und diversitätsbewussten Pädagogik der Vielfalt als grundlegende pädagogische Perspektive ein. Wir setzen uns für eine angemessene und vorurteilsfreie Behandlung des Themas ein, explizit auch außerhalb des Sexualkundeunterrichts. Wir unterstützen die Einführung vielfaltsinklusive Lehr- und Lernmittel auch über die bloße Abbildung von queeren Menschen hinaus. Damit einher geht die Qualifizierung von Lehrkräften, Schulsozialarbeiter*innen, Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen und anderen Beschäftigten an Schulen. Die Beschäftigung mit queerer Vielfalt muss hierzu in den entsprechenden Curricula verankert werden.

7. Fachgerechte Beratungs- und Unterstützungsangebote für trans* und inter* Menschen aufbauen: Wie wollen Sie Angebotsstrukturen initiieren und dafür sorgen, dass auch die Pflege und der Gesundheitsbereich sensibilisiert und das Thema in Aus- und Fortbildungen aufgenommen wird?

Wir setzen uns für eine umfassende Aufklärung über die wesentlichen geschlechtsspezifischen und medizinischen Anforderungen an eine ganzheitliche Gesundheitsversorgung ein. Ziel ist eine bedarfsorientierte und sensible Gesundheits- und Pflegeversorgung. Um im Gesundheitswesen Safe-Spaces für queere Menschen zu schaffen, möchten wir die jeweiligen Versorgungseinrichtungen und Anbieter*innen mit einem Gütesiegel für besondere Diversity-Kompetenzen zertifizieren. Wir unterstützen den Aufbau eines Kompetenz- und Versorgungsnetzwerks und weitergehende Maßnahmen zur Qualifizierung von Gesundheits- und Pflegepersonal. Auch möchten wir Beratungs- und Testangebote zur sexuellen Gesundheit ausweiten und insbesondere regionale niedrigschwellige Versorgungsangebote für trans*, inter* und nicht-binäre Menschen schaffen. Minderjährige sollen leichter entsprechende Stellen aufsuchen können. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Sonderzulassung von queer-kompetenten Psychotherapeut*innen ein, um der aktuellen Versorgungslücke zu begegnen.

8. Queere Geflüchtete schützen: Wie wollen Sie die fachspezifischen Anlaufstellen für LSBTIQ*-Geflüchtete (Verfahrensberatung, psychosoziale Beratung) stärken, für den flächendeckenden Ausbau der Beratungsstrukturen sorgen und Geflüchtete in und um Unterkünfte vor Gewalt und Anfeindungen schützen?

Wir haben in unserem Wahlprogramm beschlossen: „Wir brauchen eine nachhaltig aufgestellte Beratungslandschaft mit guten Rahmenbedingungen, um personelle Kontinuität, Expert*innenwissen und eine unabhängige individuelle Beratung zu gewährleisten. Die Migrationsberatungsstellen bilden hierbei die Grundpfeiler und werden von spezialisierten Fachstellen für Frauen und LGBTIQ* Geflüchtete sowie für Themen wie Gesundheit und Arbeit ergänzt. Wir wollen die jetzigen Strukturen zu einem aufeinander abgestimmten Beratungsnetzwerk in Schleswig-Holstein ausbauen, stärken und wo es sinnvoll ist, verstetigen.“ Auch für den Schutz in Unterkünften haben wir uns dezidiert ausgesprochen: "Wir werden Schutzkonzepte in allen Geflüchtetenunterkünften etablieren und den Zugang zu psychosozialer Versorgung und individueller unabhängiger Beratung stärken.“